

Zweieinhalb Jahre  
Schwarzgelb in Sachsen:  
**EINE  
SCHADENSBILANZ**





# Inhalt

---

- 2 Schadensbilanz Schwarzgelb
- 4 Arbeitsmarkt
- 6 Wirtschaft
- 8 Haushalt und Finanzen
- 10 Inneres und Recht
- 14 Bildung
- 18 Familie
- 20 Kinder und Jugend
- 21 Soziales
- 24 Gleichstellung
- 26 Hochschule und Wissenschaft
- 28 Verkehr
- 30 Kultur und Sport
- 34 Naturschutz
- 36 Staatsregierung
- 38 Die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag

## Vorwort

---

Seit zweieinhalb Jahren regieren CDU und FDP den Freistaat Sachsen. Die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag hat den Anlass genutzt, eine Halbbeitbilanz der schwarzgelben Staatsregierung zu ziehen.

Schon der schwarzgelbe Koalitionsvertrag ließ nichts Gutes erahnen. Als Beispiel sei nur die völlig falsche Weichenstellung in der Schulpolitik genannt. Gleich nach Regierungsantritt von CDU und FDP wurden zudem Erfolge der vormaligen Regierungspartei SPD zerschlagen: So wurden der soziale Arbeitsmarkt aufgegeben und wirksame Wirtschaftsförderprogramme eingestellt; die Abschaffung des beitragsfreien Vorschuljahres in Sachsens Kindertagesstätten folgte auf dem Fuße.

Besonders einschneidend war die zerstörerische Haushaltspolitik von Schwarzgelb. Ohne Not wurde der gesamte Haushalt zusammengestrichen. „Gespart“ wurde aber nicht für

die Zukunft des Landes, sondern um das selbstverschuldete Landesbankdesaster in kürzester Zeit auszugleichen. Bei allen Ressorts wurde der Rotstift angesetzt. Aber beim Sozialetat wurde überproportional gekürzt. Die Leidtragenden waren in erster Linie die Schwächsten der Gesellschaft: Kinder- und Jugendliche, junge Familien und ehrenamtlich Tätige.

Der Abbau von Standards ging auch anschließend ungebrochen weiter: Die schwarzgelbe Staatsregierung schloss Polizeireviere und Behördenstandorte, schwächte das Ehrenamt, brüskierte demokratische Initiativen und Projekte, verabschiedete ein rechtlich bedenkliches Versammlungsgesetz, schleifte den Umwelt- und Naturschutz und so weiter und so fort. In vielen anderen wichtigen Bereichen – zum Beispiel in der Gesundheits- und Pflegepolitik, oder bei der Behebung des Lehrermangels – geschah hingegen nichts.



## **„Die Halbzeitbilanz der schwarzgelben Staatsregierung liest sich wie eine Schadensbilanz.“**

**Martin Dulig, MdL (SPD)**

Das Fazit nach zweieinhalb Jahren CDU-FDP-Regierung in Sachsen ist erschreckend. Zweieinhalb Jahre Schwarzgelb in Sachsen: Das sind zweieinhalb Jahre Sozialabbau, wirtschaftlicher Rückschritt und politische Armut. Die schwarzgelbe Halbzeitbilanz liest sich wie eine Schadensbilanz.

Die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag wird auch in Zukunft dafür sorgen, dass die zerstörerische Politik von Schwarzgelb nicht ohne Alternative bleibt!

**Martin Dulig**

Vorsitzender der SPD-Fraktion  
im Sächsischen Landtag

# Sozialer Arbeitsmarkt: ABGEWICKELT.

---

Durch das vom damaligen Wirtschafts- und Arbeitsminister Thomas Jurk ins Leben gerufene Programm „Kommunal-Kombi“ haben allein im Jahr 2009 rund 5.300 Langzeitarbeitslose einen sozialversicherungspflichtigen Job erhalten. Im Doppelhaushalt 2009/10 waren Mittel für weitere 2.200 Stellen eingeplant, die Wirtschaftsminister Morlok (FDP) jedoch allein aus ideologischen Gründen verhindert hat. Denn Morloks Begründungen für die Abwicklung des Programms entbehrten jeder Grundlage: Die Fortführung des Programms war finanziell abgesichert. Auch wurde durch den „Kommunal-Kombi“ nicht

ein einziger Arbeitsplatz auf dem ersten Arbeitsmarkt gefährdet. Kommunalpolitiker, Gewerkschaften, Sozialverbände und regionale Initiativen reagierten folgerichtig mit verständnislosem Kopfschütteln. Mit dem „Kommunal-Kombi“ hätten wir noch vielen Menschen Hoffnung auf eine sinnvolle Beschäftigung geben können. Diese Hoffnung hat Staatsminister Morlok zunichte gemacht.

# Mindestlohn: AUSGEBREMST.

---

Die Staatsregierung nutzt alle Möglichkeiten, um Dumping-Löhne zu fördern. Selbst in Tarifbereichen, wo sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer darauf geeinigt haben, die ausgehandelten Tarifverträge auf die gesamte Branche mittels Allgemeinverbindlichkeitserklärung zu übertragen, versucht die schwarzgelbe Staatsregierung Tarifbindungen zu verhindern wo immer sie kann. Bei 11 von 18 Tarifverträgen, in denen die Allgemeinverbindlichkeit beantragt war, hat

die sächsische Staatsregierung Einspruch erhoben – zumeist ohne jegliche Angabe von Gründen. Ziel der Staatsregierung war es dabei, den nicht tarifgebundenen Arbeitgebern weiterhin die Möglichkeit zu geben, sich durch die Zahlung von Armutslöhnen scheinbare Wettbewerbsvorteile zu verschaffen. Kein Wunder, dass immer mehr Fachkräfte einen weiten Bogen um den Freistaat machen. Denn Sachsen ist inzwischen nach Mecklenburg-Vorpommern das Bundesland mit den geringsten Löhnen.

# Regionales Wachstum: ABGEWÜRGT.

---

Wirtschaftsminister Thomas Jurk hat seinerzeit das Programm „Regionales Wachstum“ eingeführt, um Klein- und Kleinunternehmen jenseits der Ballungszentren zu fördern. Vor allem Industrie, Handwerk und Handel profitierten von der zusätzlichen Förderung: Allein zwischen 2006 und 2009 konnten ein Investitionsvolumen von über 60 Millionen Euro angeschoben werden und fast 3.000 Arbeitsplätze gesichert oder neu geschaffen werden. Und

was machte der frisch ins Amt gehievt Minister Morlok? Er schaffte das Programm ersatzlos ab. Insbesondere Mittelstand und Handwerk waren entsetzt, dass ausgerechnet ein FDP-Minister ihnen die dringend benötigte Unterstützung ohne Not versagt.



# Wirtschaftsförderung: AUSGEFALLEN.

---

Im Koalitionsvertrag haben CDU und FDP den Mund noch ziemlich vollgenommen: Die Rede war von „Mittelstandsfreundlichkeit“ und der „Verbesserung von Förderprogrammen“. Als jedoch sogar die Koalitionsfraktionen einen eigenen Antrag zur Überprüfung der Mittelstandsförderung in den Sächsischen Landtag

einbrachten, war die Reaktion der Staatsregierung dürftig: Sie bescheinigte „keinen Handlungsbedarf“. Laut Koalitionsvertrag wollte Schwarzgelb auch „alternative Förderinstrumente anstreben“. Sieht man von der Einrichtung eines Darlehensfonds zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur einmal ab, ergibt sich hier wieder das gleiche Bild: nichts.



**10% Eierschecke**

**90% Einfallslosigkeit**

# Staatshaushalt: KAPUTTGEKÜRZT.

---

Mit der Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2011/12 haben CDU und FDP ohne Not den Kürzungshammer geschwungen und den sozialen Kitt aus den Fugen unserer Gesellschaft geschlagen. Die Ausgaben wurden um acht Prozent gekürzt, im Sozialbereich sogar um 13 Prozent! Aber warum hat Schwarzgelb derart rigoros den Rotstift angesetzt? Durch riskante Zockerei der Landesbanker droht der Freistaat auf 2,75 Milliarden Euro sitzenzubleiben. Die Zeche musste nun von den sozial Schwächeren bezahlt werden – und das

in Rekordzeit. Und die Lasten haben vor allem die Kommunen, die Kinder und Jugendlichen zu tragen; bei der Bildung, der Gesundheit und der Kultur wurde einfach weggekürzt. Es zeigte sich zudem: Der schwarzgelben Staatsregierung ist es wichtiger, weiterhin Millionen Euro in Beton zu gießen, anstatt in die Zukunftsfähigkeit des Landes und den Zusammenhalt der Menschen zu investieren. Auch die Ankündigungen von CDU und FDP zum kommenden Doppelhaushalt 2013/14 lassen wieder nichts Gutes erahnen.

**„Wenn die Staatsregierung wirklich hätte sparen wollen, hätte sich der Wirtschaftsminister lieber eine Sparlampe kaufen sollen!“**

**Martin Dulig, MdL (SPD)**

*Zu Medienberichten, wonach Sachsens Wirtschaftsminister Sven Morlok (FDP) sich für sein Büro eine 5.000 Euro teure Schreibtischlampe – finanziert aus Steuergeldern – beschaffen ließ.*

## Kommunalfinanzen: AUSGETROCKNET.

---

Als noch die SPD mit auf der Regierungsbank im Freistaat saß, sorgten wir dafür, dass die sächsischen Kommunen investive Schlüsselzuweisungen in Höhe von 274,2 Millionen Euro im Jahr 2009 und sogar 318,9 Millionen Euro im Jahr 2010 bekamen. Zunächst versprach auch die schwarzgelbe Regierungskoalition: „Wir wollen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs den Anteil der Mittel für Investitionen, den die Kommunen vom Freistaat zur Verfügung gestellt bekommen, auf hohem Niveau halten“ – so der Wortlaut des

Koalitionsvertrages. Aber schon ein Jahr nach der Wahl kürzten CDU und FDP die investiven Schlüsselzuweisungen auf 54,9 Millionen Euro (2011) bzw. nur noch 32,6 Millionen Euro (2012). Damit sind die Kommunen aber nicht mehr in der Lage, wichtige und nötige Investitionen in Schulen, Bibliotheken, Kindertagesstätten etc. vorzunehmen. Den Vorschlag der SPD-Fraktion, eine kommunale Infrastrukturpauschale in Höhe von 100 Millionen Euro einzuführen, haben CDU und FDP mehrfach abgeschmettert.

# Standorte: ABGEBAUT.

---

Das Standortegesetz der schwarzgelben Regierung sollte ein bundesweit einmaliges Vorhaben zur Staatsmodernisierung sein. Stattdessen wurde ein Millionengrab verabschiedet, das Aufwand und Kosten des Staates auf die Bürgerinnen und Bürger sowie die Beschäftigten abwälzt. 300 Millionen Euro wird der Freistaat Sachsen für Schließung und Umzüge von Behörden ausgeben. Die angepriesenen Einsparungen erwartet Schwarzgelb frühestens ab dem Jahr 2021; jedoch nur

im Umfang von ca. zehn Millionen Euro pro Jahr. Derweil werden Verwaltungsbehörden zentralisiert und zusammengelegt. Das schwächt die strukturschwachen ländlichen Räume noch weiter. Unnütze Standortentscheidungen, wie der Umzug des Sächsischen Rechnungshofes nach Döbeln und der Umzug der Sächsischen Aufbaubank nach Leipzig, verursachen zusätzliche Kosten. Anstelle der geplanten Staatsmodernisierung kommt es zum Staatsabbau.

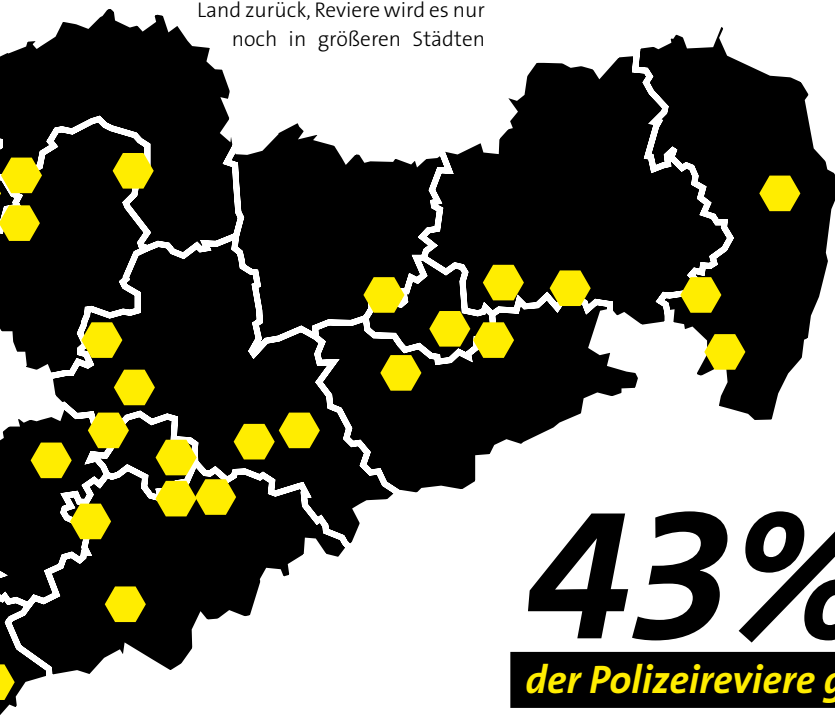


# Polizei: GESCHWÄCHT.

---

Schwarzgelb schlägt mit der Polizei-reform „Polizei.Sachsen.2020“ erneut mit dem Kürzungshammer zu. Parallel zum Standorte-gesetz werden Reviere zusammengelegt, Stellen abgebaut und die Polizeiverwaltung verschlankt. Dabei lässt die Staatsregierung nahezu die Hälfte aller Polizeireviere schließen. Damit zieht sich die Polizei aus dem Land zurück, Reviere wird es nur noch in größeren Städten

geben. An den geschlossenen Standor-ten sollen Bürgerpolizisten und der Kri-minaldienst weiter tätig sein. Da es sich dabei nicht um Einsatzkräfte handelt, sind sie nur in der Zeit von 8 bis 16 Uhr einsatzbereit. Die Staatsregierung gibt ganze Landstriche auf und macht sie zu polizeifreien Räumen.



# Versammlungsrecht: FEHLERHAFT.

---

Im Januar 2012 verschärfte die Koalition das Versammlungsgesetz und höhle damit das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit aus. Obwohl bereits das erste schwarzgelbe Versammlungsgesetz vom Sächsischen Verfassungsgerichtshof am 19. April 2011 für nichtig erklärt worden war, verabschiedete die Regierungskoalition eine nur geringfügig veränderte Variante, die weiterhin massiv verfassungsrechtlich bedenklich ist. Denn mit dem Gesetz wurden die Eingriffsbefugnisse der Versammlungsbehörden dahingehend ausgeweitet,

um Demonstrationen an Orten „von historisch herausragender Bedeutung“ verbieten oder beschränken zu können. Zu diesen Orten zählen insbesondere die Frauenkirche und der Neumarkt in Dresden, sowie die gesamte Dresdner Innenstadt am 13. und 14. Februar. Die im Gesetz angegebenen Orte sind zu weit gefasst und verfügen allenfalls über eine symbolische Bedeutung. Das neue sächsische Versammlungsgesetz ist kein Beitrag zur Verteidigung der Demokratie, sondern schränkt elementare Grundrechte unnötig ein.

**„Die Aufforderung an uns, unsere Kooperationspartnerinnen und -partner auszuleuchten, erinnert eher an Methoden der Stasi und nicht an die Grundlagen einer Demokratie.“**

**AKuBiZ e.V.**

# Demokratie: BLOCKIERT.

---

Als der ehemalige Oberbürgermeister von Pirna, Markus Ulbig (CDU), das Amt als sächsischer Innenminister antrat, erhielt er nennenswerte Vorschusslorbeeren aus weiten politischen und gesellschaftlichen Kreisen. Umso größer die Enttäuschung über seine Amtsführung. Die sogenannte Demokratieerklärung mit ihrem Bekenntniszwang und Gesinnungs-TÜV brüskiert ausgerechnet jene Projekte, die sich seit Jahren für Demokratie und gegen Rechts-extremismus engagieren und stellt sie unter Generalverdacht. Mit dem sogenannten Handy-Gate, als massenhaft

und flächendeckend Kommunikationsdaten tausender Menschen erhoben wurden, nahm das Vertrauen in Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ernsthaften Schaden. Bundesweit führte dies zu Negativschlagzeilen. Nach dem Bekanntwerden der Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ begann im Bund und in anderen Bundesländern parteiübergreifend die Fehleranalyse. Nur die schwarzgelbe Staatsregierung in Sachsen stellte sich stur und lässt einen ehrlichen Aufklärungswillen bis heute nicht erkennen.

# Gemeinschaftsschule: ABGESCHAFFT.

---

Unter der Regierungsbeteiligung der SPD wurde das Erfolgsprojekt Gemeinschaftsschule 2006 in Sachsen gestartet. Zahlreiche Evaluationen belegen die Vorteile dieser Schulform gegenüber dem verkrusteten, zweigliedrigen System. Während der Koalitionsverhandlungen haben sich CDU und FDP darauf geeinigt, die bisher genehmigten

Schulversuche zur Gemeinschaftsschule zu evaluieren und zu einem Abschluss zu bringen. Folge war die Abschaffung der Gemeinschaftsschulen. Dem längeren gemeinsamen Lernen verschließt sich die Staatsregierung aus ideologischen Gründen und stößt alle bestehenden Gemeinschaftsschulen vor den Kopf.

***„Es ist nur logisch, dass diese Schulversuche nach einer festgelegten Zeit enden.“***

***Patrick Schreiber, MdL (CDU)***



**„Da kann ich für meine Fraktion sagen, dass wir angesichts der jetzt eingetretenen Situation, die sehr eindeutig und nicht interpretierbar ist, weiteren Handlungsbedarf haben.“**

**Thomas Colditz, MdL (CDU)**

## Lehrerbedarf: VERSCHLAFEN.

---

Als die Staatsregierung zu Beginn des Jahres 2010 besorgniserregende Zahlen zum künftigen Einstellungsbedarf für Lehrkräfte in Sachsen vorlegte, war allen Beteiligten der dringende Handlungsbedarf bewusst: Bis 2020 steigen die Schülerzahlen an. Gleichzeitig scheiden bis 2030 nahezu 75 Prozent aller Lehrkräfte altersbedingt aus dem Schuldienst aus. Im Koalitionsvertrag haben sich CDU und FDP darauf verständigt, den „langfristigen Lehrerbedarf in Sachsen qualitativ und quantitativ abzusichern“, wobei dem Bedarf an sonderpädagogisch ausgebildetem Personal ein

besonderes Augenmerk gelte. Blumige Worte, denen nur Konzeptlosigkeit im politischen Handeln nachfolgte. Denn das völlig unzureichende Bildungspaket 2020 stößt sogar bei Abgeordneten der CDU-Landtagsfraktion auf Kritik. Insbesondere besteht ein politischer Zwist zwischen Kultus- und Finanzministerium um die Anzahl an Lehrerstellen, die im Schuljahr 2019/20 noch existieren sollen. Trotz ausreichend qualitativer Vorschläge und zweijähriger Bearbeitungszeit hat es die Staatsregierung verschlafen, die Aufgaben anzupacken und praktikable Lösungen zu finden.

# Bildungshürden: ERHÖHT.

---

„Die Mittelschule als Kernstück des sächsischen Schulsystems zur Oberschule weiterentwickeln.“ Hinter diesem Satz des Koalitionsvertrages verbergen sich gravierende Änderungen für sächsische Schülerinnen und Schüler. So wurde beispielsweise eine zusätzliche Hürde beim Übergang von der Grundschule zum Gymnasium errichtet: Bisläng war der Übergang auch mit einem Notendurchschnitt von 2,5 möglich. Jetzt soll das nur mit 2,0 möglich sein. Außerdem gaukelt die Staatsregierung den Eltern vor, dass

nun die Möglichkeit besteht, auch nach Klasse 6 mit einer entsprechenden Bildungsempfehlung den Zugang zum Gymnasium zu schaffen. Fakt ist: Der Übergang nach Klasse 6 war auch vorher schon möglich. Die Bildungsempfehlung ist in Wahrheit nur eine weitere Hürde, die den Zugang zum Gymnasium verschärft. Mit der Einteilung in vermeintlich gute und schlechte Schülerinnen und Schüler bereits ab Klasse 5 der Mittelschule passiert nichts anderes, als die Einführung des dreigliedrigen Schulsystems durch die Hintertür.

***„Es ist vielleicht die größte Lüge der deutschen Bildungspolitik, dass die Entscheidung gegen das Gymnasium in Klassenstufe 4 den Weg zum Abitur verbaut.“***

**Norbert Bläsner, MdL (FDP)**

# 31%

*Kürzung bei den Ganztagsangeboten*

## Ganztagsangebote: ZUSAMMEN- GESTRICHEN.

---

Anstatt wie in der Koalitionsvereinbarung angekündigt, die Ganztagsangebote „qualitativ weiterzuentwickeln“, trifft die Staatsregierung bildungspolitische Entscheidungen, die genau dieses Ziel untergraben. In der ersten Hälfte der Legislaturperiode wurden im Staatshaushalt Mittel für die Ganztagsangebote gekürzt. Wie mit zusammengestrichenen Mitteln qualitativ weiterentwickelt und Schulen ihre Kooperation mit außerschulischen Partnern erweitern

sollen, ist allerdings mehr als fraglich. Besonders in den Grund- und Mittelschulen wirken sich die Kürzungen negativ aus. Statt bestehende Ganztagsangebote hinreichend auszustatten, versucht die Staatsregierung fehlende Mittel durch die Einwerbung von Vereinen, Verbänden und anderen außerschulischen Partnern notdürftig auszugleichen. Das geht deutlich zu Lasten der Qualität der Angebote.

# Beitragsfreies Vorschuljahr: GESTRICHEN.

---

2009 setzte sich die SPD-Fraktion mit ihrer Forderung nach einem beitragsfreien Vorschuljahr durch. Auch die CDU erklärte in ihrem Wahlprogramm, dass sie daran auch in Zukunft festhalten möchte. Zwei Jahre später ist von diesem Versprechen nichts mehr übrig. Die Staatsregierung strich das beitragsfreie

Vorschuljahr mit einem Gesamtvolumen von 35 Millionen Euro ersatzlos. Damit bricht die schwarzgelbe Koalition ihr Wahlversprechen auf Kosten von jungen Familien. Auf diese kommen jetzt Mehrbelastungen von jährlich rund 1.500 Euro zu.

***„Politik muss glaubwürdig  
bleiben – beitragsfreies  
Vorschuljahr macht auch  
weiterhin Sinn!“***

**Wolf-Dietrich Rost, MdL (CDU)**

# 50 €

**Kürzung beim Landeserziehungsgeld**

## Landeserziehungsgeld: GEKÜRZT.

---

Sachsen ist eines von vier Bundesländern, das Familien neben dem Bundeselterngeld mit einem eigenen Landeserziehungsgeld unterstützt. Das Geld kommt vor allem Alleinerziehenden und jungen Familien zugute. Doch anstatt die sächsischen Familien weiter zu unterstützen, setzt die Staatsregierung auch hier ihren Kürzungshammer an. Nach der neuen Regelung

erhalten Familien für das erste Kind 150 Euro (statt 200 Euro) und für das zweite Kind 200 Euro (statt 250 Euro). Noch im April 2010 hob der familienpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Alexander Krauß, die Bedeutung des Landeserziehungsgeldes als Markenzeichen für das Familienland Sachsen hervor. Ein Jahr später scheint dieses Markenzeichen weniger wert zu sein.

# Kinder- und Jugendpauschale: ABGESENKT.

---

Die schwarzgelbe Koalition betreibt eine fatale Kürzungspolitik in der Kinder- und Jugendarbeit in Sachsen. Durch das Herabsenken der Kinder- und Jugendpauschale von 14,30 Euro auf 10,40 Euro kam es zu landesweiten Kürzungen von ca. vier Millionen Euro. Damit wurde vielen Jugendhäusern, der Jugend- und Schulsozialarbeit, Jugendgerichtshilfe- und Jugendberufshilfeprojekten, sowie ehrenamtlich

geführten Projekten die finanzielle Grundlage entzogen. Die Folge sind weiße Flecken vor allem im ländlichen Raum, in denen es keine professionell begleitete Jugendarbeit mehr gibt, Jugendarbeit im Niedriglohnbereich und die Schwächung ehrenamtlicher Strukturen. Dabei muss jeder Euro, den man in der Prävention einspart, später doppelt und dreifach draufgezahlt werden.

# 30%

**Kürzung bei der Jugendpauschale**

# 13%

## Kürzung im Sozialetat

## Soziales: AUFGEGEBEN.

---

Der Doppelhaushalt 2011/12 wurde insgesamt um acht Prozent gekürzt. Aber der Sozialetat wurde weit überproportional geschröpft: Ganze 13 Prozent wurden hier zusammengestrichen. Schwarzgelb hat jegliches Augenmaß und Verhältnismäßigkeit vermissen lassen. Besonders heftig waren die Auswirkungen beim Freiwilligendienst, den Selbsthilfegruppen, der Suchtprävention sowie den ehrenamtlich Tätigen zu spüren. Zum Beispiel hat die Staatsregierung die Förderung von

Freiwilligendiensten von 2 Millionen Euro jährlich auf 900.000 Euro mehr als halbiert und die Mittel für die Suchtprävention um 28 Prozent gekürzt. Besonders dramatisch ist die Lage bei der Stiftung Tauris, die ehrenamtliche und gemeinnützige Betätigung für Langzeitarbeitslose organisiert hatte. Weil die Staatsregierung die Förderung der Stiftung mit jährlich 4,5 Millionen Euro eingestellt hat, musste sie ihre Arbeit aufgeben.

# Pflege: UNGEPFLEGT.

---

Das gesamte Thema Pflege ist in Sachsen eine einzige Baustelle: Noch immer hat der Freistaat kein Landespflegegesetz, keine Pflegestützpunkte, keine adäquaten Personalbemessungsverfahren und keine Ausbildungskonzeption. Auch die Neugestaltung des Heimrechts ist mehr als unbefriedigend. Um endlich den Grundsatz ambulant vor stationär auch in der Fläche umsetzen zu können, brauchen wir dringend flächendeckende und unabhängige Beratungsangebote, ambulante Betreuungsangebote – nicht nur im pflegerischen, sondern auch im

Dienstleistungsbereich – verlässliche Unterstützungssysteme für pflegende Angehörige sowie verstärkte Aus- und Weiterbildung und eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung der Leistungserbringer. Aber die Staatsregierung schiebt den Schwarzen Peter dem Bund zu und legt die Hände in den Schoß.





# Inklusion: VERSCHLEPPT.

---

Im März 2009 trat die UN-Behinder-tenrechtskonvention in Deutschland in Kraft. Seitdem ist sie somit geltendes deutsches Recht und muss von allen Bundesländern umgesetzt werden. Die sächsische Sozialministerin Christine Clauß (CDU) ermutigt zwar alle Bürger, sich in den Prozess zur Umsetzung der Konvention aktiv einzubringen. Ihre Regierung scheint sie davon jedoch auszuschließen. Noch immer fehlt ein Maßnahmenplan für Sachsen, der aufzeigt, wie Inklusion und damit die umfassende Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen und beruflichen Leben gewährleistet werden kann. So sieht die UN-Konvention ein inklusives, allgemeines Bildungssystem für alle Kinder vor. In Sachsen werden jedoch nur 18 Prozent der Schülerinnen

und Schüler mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf integrativ unterrichtet. Erst auf Drängen der Opposition verabschiedete der Landtag 2011 einen Antrag, der den Kultusminister auffordert, wenigstens einen Aktionsplan vorzulegen.

# Frauenförderung: GEKÜRZT

---

Die Gleichstellung von Mann und Frau ist Schwarzgelb laut Koalitionsvereinbarung ein wichtiges Anliegen. Dennoch kürzte die Staatsregierung die Förderung der Gleichstellungsarbeit um rund 25 Prozent und lehnt auch weiterhin eine gesetzliche Quote für Frauen in Aufsicht- und Führungsgremien ab. Der Aufschrei des

Landesfrauenrates Sachsen, der sächsischen Gleichstellungsbeauftragten und der Opposition konnte an den Kürzungsplänen leider nichts ändern. Seitdem wurde die Gleichstellungsarbeit in zahlreichen Regionen Sachsens massiv erschwert. Die Arbeitsfähigkeit von Projekten, die sich der Gleichstellung von Mann und Frau widmen, ist nicht mehr gewährleistet. So wurde z.B. die Förderung des Landesfrauenrates vorübergehend eingestellt.

# „Frau Friedel, wir wollen das einfach nicht...“

**Benjamin Karabinski, MdL (FDP)**

*in der 15. Sitzung des Sächsischen Landtages während der Debatte zur Anpassung des sächsischen Landesrechts an das Lebenspartnerschaftsrecht des Bundes – gerichtet an die SPD-Abgeordneten Sabine Friedel*

## Lebens- partnerschaften: UNGEWOLLT.

---

Beim Thema Lebenspartnerschaften ist der Handlungsbedarf des Freistaates Sachsen besonders groß: 13 Bundesländer haben die Gleichstellung im Beamtenrecht bereits vollzogen, Thüringen und Baden-Württemberg ziehen jetzt nach. In elf Bundesländern ist die Gleichstellung bereits im gesamten Landesrecht vollzogen. Nur in Sachsen werden schwulen und lesbischen Paaren noch immer wichtige Rechte verweigert. Die CDU blockiert, die FDP ignoriert. Das Lebenspartnerschaftsgesetz

auf Bundesebene ist schon über zehn Jahre alt. Das Bundesverfassungsgericht hat eine Schlechterstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften gegenüber traditionellen Ehen verboten. Obwohl Schwarzgelb in Sachsen nun schon mehrfach die Gelegenheit dazu hatte, Abhilfe zu schaffen, ist diesbezüglich rein gar nichts geschehen. Damit ist Sachsen bundesweit trauriges Schlusslicht bei der Gleichstellung lesbischer und schwuler Partnerschaften.

# Hochschul- entwicklung: VERPLANT.

---

Sachsens Hochschulen erleben derzeit einen Ansturm von Bewerberinnen und Bewerbern: In diesem Jahr wird die Studierendenzahl erstmals die Grenze von 110.000 überschreiten. Die Grundlage der sächsischen Hochschulentwicklungsplanung wird somit zur bloßen Makulatur. Schließlich geht das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst von lediglich ca. 17.000 Studienanfängern pro Jahr aus. Wer die Augen vor der Realität dermaßen verschließt,

ist auf dem besten Weg sich zu verplanen – mit gravierenden Konsequenzen für die gesamte Hochschullandschaft, die Beschäftigten an den Universitäten sowie die Studentinnen und Studenten. Denn trotz steigender Anforderungen plant das Staatsministerium den Abbau von über 1.000 Stellen bis 2020. Gleichzeitig werden 60 Prozent der Hochschulpaktmittel des Bundes einbehalten. Geld, das dringend investiert werden müsste.

# 500 €

**Langzeitstudiengebühren**

## Studiengebühren- Verbot: EINKASSIERT.

---

Die SPD-Fraktion hat in ihrer Regierungszeit die Studiengebührenfreiheit in Sachsen erstmals gesetzlich verankert. Damit wurde durchgesetzt, dass das Erststudium vom Bachelor bis zum Master gebührenfrei bleibt. Schwarzgelb hingegen führt Studiengebühren durch die Hintertür ein. Studierende, die ihre Regelstudienzeit um mehr als fünf Semester überschreiten, müssen

in Zukunft 500 Euro pro Semester zahlen. Dabei hat Sachsen die kürzesten Studierendenzeiten bundesweit. In anderen Bundesländern werden Studiengebühren wieder abgeschafft und in Sachsen hält es die CDU-FDP-Koalition für angemessen, Langzeitstudiengebühren in ihren Gesetzentwurf für das neue Hochschulgesetz zu schreiben.

# Eisenbahn: ABGEHÄNGT.

---

Im Koalitionsvertrag bekräftigt Schwarzgelb, dass die „sächsischen Städte und Regionen optimal an das Fernverkehrsnetz der Bahn“ angeschlossen werden sollen. Besonderes Gewicht wird dabei auf den Ausbau der Strecke Dresden-Berlin gelegt. Passt ist diesbezüglich jedoch wenig: An der Eisenbahnstrecke wurde schon gearbeitet, bevor Schwarzgelb das Ruder übernahm. Zudem wird die Strecke nur für eine Höchstgeschwindigkeit von 160 km/h ausgebaut. Insgesamt wird Sachsen im Schienenverkehr immer mehr abgehängt: Auf einer Liste des ifo-Institutes zur Erreichbarkeit deutscher Großstädte mit insgesamt 80 Plätzen kommen die sächsischen Städte nur auf hintere Plätze: Leipzig belegt Platz 58, Dresden kommt auf Platz 75 und Chemnitz sogar nur auf Platz 80.

# ÖPNV: ZURÜCKGEFAHREN.

---

Trotz steigender Zuweisungen der Bundesregierung für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) strich Schwarzgelb die Zuschüsse für Busse und Bahnen um mehr als 30 Millionen Euro. So müssen die Verkehrsverbände die schon hohen Preise für Tickets und Monatskarten noch mehr erhöhen oder sogar ganze Strecken stilllegen. Damit sinkt die Attraktivität des Nahverkehrs auf Kosten der Umwelt und des Geldbeutels der Bürgerinnen und Bürger.

Durch weniger Schulen und damit längere Schulwege, vor allem im ländlichen Raum, steigen die Aufwendungen der Kommunen für die Schülerbeförderung. Anstatt diese Kosten mindestens auszugleichen, oder gar eine kostenfreie Schülerbeförderung einzuführen, wie sie die SPD-Fraktion fordert, erhalten die Landkreise und kreisfreien Städte die schlechteste Finanzausgleichsregelung der letzten 20 Jahre.

# Schmalspurbahnen: AUSGEBREMST.

---

Die Koalition unterstützt die Entwicklung des touristischen Projektes der Dampfbahn-Route „Sächsische Schmalspurbahnen“, so CDU und FDP im Koalitionsvertrag. Im

neuen Tourismuskonzept der Staatsregierung sucht man die Dampfbahnroute jedoch vergebens. Das Aus für die Dölnitztalbahn konnte nur mit großer Mühe vorübergehend abgewendet werden.

# Kulturraumgesetz: DEMONTIERT.

---

Unter der Regierungsbeteiligung der SPD wurde das Kulturraumgesetz im Jahr 2008 entfristet und eine Festlegung der jährlichen Landeszuweisung auf mindestens 86,7 Millionen Euro gesetzlich festgeschrieben. Noch im Koalitionsvertrag bekennen sich CDU und FDP zur Förderung der Kulturräume: „Wir unterstützen die Vielfalt der sächsischen Kultur und werden die Kulturförderung auf dem hohen Niveau fortführen.“ Entgegen dieser Zusage nutzten sie jedoch die erstbeste Gelegenheit, um das Herzstück der sächsischen Kulturlandschaft – das Kulturraumgesetz – zu demontieren. Mit dem Doppelhaushalt 2011/2012 wurden

den Kulturräumen 3,7 Millionen Euro entzogen. Die Folge: Eintrittsgelder für Museen und andere kulturelle Einrichtungen werden erhöht, Ermäßigungen für Kinder, Jugendliche und sozial schwächere Menschen werden wegfallen. Und für Projekte in der freien Kunst- und Kulturszene wird gar kein Geld mehr da sein.





# Schlösser, Burgen und Gärten: VERSCHERBELT.


---

Was verbirgt sich hinter dem Satz des Koalitionsvertrages: „Wir wollen die im Besitz des Freistaates Sachsen befindlichen Schlösser, Burgen und Gärten und andere historische Anlagen stärker für die öffentliche und wirtschaftliche Nutzung öffnen“? Ganz einfach: Der Staatsbetrieb „Schlösser, Burgen und Gärten“ wird in eine gGmbH

umgewandelt. Somit lassen sich unproblematisch Eintrittsgelder erhöhen und bislang frei zugängliche Parkanlagen mit Eintritt versehen, wie zum Beispiel in Pillnitz. Außerdem kann man in einer gGmbH das Personal leichter entlassen und ist auch nicht mehr an Tarifverträge gebunden.

# Landesbühnen: ABGETRETEN.

---



Die Landesbühnen sind eine staatliche Einrichtung und als solche von der Landesregierung als reisende Bühne Anfang der 90er Jahre bewusst gewollt. Die Finanzierung der Landesbühnen durch den Freistaat ist daher weder eine freiwillige Leistung noch systemwidrig, sondern Pflicht des Freistaates. Schwarzgelb versucht sich dieser Pflicht per Haushaltsgesetz und auf dem Rücken aller Kommunen und Kultureinrichtungen zu entledigen.

Das sogenannte „Zukunftskonzept“ der Staatsregierung für die Landesbühnen ist eine kulturpolitische Ohrfeige für die Kultur im ländlichen Raum. Hierzu zählt die Fusion der beiden Orchester der Landesbühnen und Neue Elblandphilharmonie. Danach sollen sich die 102 verbleibenden Musiker auf 72 Stellen bei 77 Prozent Gehalt für mindestens 6 Jahre ohne Dynamisierung einstellen. Damit zerschlägt Schwarzgelb ein funktionierendes Theater und sein Orchester.

# Industriekultur: VERGESSEN.

---

Schwarzgelb kündigte im Koalitionsvertrag zwei Projekte zur Industriekultur an: die Gründung einer Stiftung „Sächsische Industriekultur“ und die Schaffung einer landesweiten „Straße der sächsischen Industriekultur.“ Doch beides gibt es bis heute nicht. Zudem: Die Rechtsform ist für die Zukunft der Sächsischen Industriekultur völlig irrelevant. Was die Sächsischen Industriemuseen jedoch benötigen, ist eine dauerhafte

finanzielle Basis, die Planungssicherheit gibt. Aber ein dauerhaftes finanzielles Bekenntnis des Freistaates zur Industriekultur bleibt leider aus. Die „Straße der Industriekultur“ ist eine gute Idee, die mit Gestaltungswillen und Fachkompetenz umgesetzt werden könnte. Wie gesagt: könnte. Denn bis heute gibt es keine entsprechende Initiative der Staatsregierung.

# Sportförderung: ABGEPIFFEN.

---

Der im Koalitionsvertrag verankerte Anspruch und die schwarzgelbe Wirklichkeit klaffen bei der Sportförderung weit auseinander: Waren im Haushaltsplan für 2010 noch 23 Millionen Euro für Investitionen in Sportstätten eingestellt, sieht die Planung für 2012 lediglich nur noch 880.000 Euro vor. Wer so massiv kürzt, richtet großen Schaden bei Sportvereinen, Aktiven, Übungsleitern und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern an. Dank CDU und FDP steht kaum noch Geld für dringend benötigte Renovierungen oder Neubauten zur Verfügung. Die angekündigte Ausweitung des Programms „KOMM in den Sportverein“ hat die Staatsregierung zwar forciert. Doch in der Praxis

steht das Programm wegen mangelnder Resonanz kurz vor dem Scheitern. Eine bessere Förderung der Übungsleiter – angekündigt und verankert in der Koalitionsvereinbarung – wurde ebenso vernachlässigt. In der Summe ist die Sportförderung in Sachsen dem Kürzungshammer von Schwarzgelb zum Opfer gefallen, mit folgeschweren Konsequenzen für die Betroffenen.



# Baumschutz: ABGESÄGT.

---

Bereits in der letzten Legislaturperiode wollte die CDU den Geltungsbereich der kommunalen Baumschutzsatzungen einschränken. Aber die SPD-Fraktion hat das damals verhindern können. Nun hat aber Schwarzgelb trotz erheblicher verfassungsrechtlicher Bedenken des Sächsischen Städte- und Gemeindetages die kommunalen Baumschutzsatzungen de facto abgeschafft. Offensichtlich wollen CDU und FDP nicht nur alle Bäume, sondern auch die Verfassung des Freistaates zur Privatsache erklären, mit der man machen kann, was man will.



# Artenschutz: GEJAGT.

---

Der Wolf unterliegt einem absoluten Tötungsverbot. Nun hat aber die Staatsregierung einen Entwurf für ein neues Jagdgesetz vorgelegt, in dem der Wolf berücksichtigt wird. Die Jägerschaft erwartet durch die Aufnahme des Wolfes in das Jagdrecht, dass sie in ein landesweites Wolfs-Monitoring eingebunden wird. Diese Argumentation, die sich auch die Staatsregierung zu Eigen gemacht hat, läuft jedoch völlig ins Leere: Denn für die Beteiligung der Jäger am Monitoring gibt es auch bisher keine rechtlichen Hindernisse.

Und der strenge Schutzstatus des Wolfes verändert sich dadurch auch nicht. Aber: Aus Gründen der Rechtsklarheit und -systematik ist eine deutliche Trennung zwischen nutzungsorientiertem Jagdrecht und schutzorientiertem Naturschutzrecht durch eine konsequente Zuordnung von jagdbaren und nicht jagdbaren Tierarten vorzunehmen. Letztendlich wird mit der Aufnahme des Wolfes in das Jagdrecht die Rechtslage also verkompliziert und der Verwaltungsaufwand erhöht.

# Personal: MANGELHAFT.

Schon beim Einstand von Schwarzgelb hätte man ahnen können, dass die Halbzeitbilanz eine Katastrophe werden würde. Holger Zastrow beispielsweise, der Spitzenkandidat der FDP im Wahlkampf, wurde nicht Vize-Regierungschef und Minister, sondern machte sich aus dem Staub, um auch weiterhin alles besser wissen zu können, ohne jemals für irgendetwas Verantwortung übernehmen zu müssen. Stattdessen fiel die Wahl des stellvertretenden Ministerpräsidenten bei der FDP auf Sven Morlok, der bis dahin ein eher unauffälliger Hinterbänkler war und es trotz Ministeramtes – mit Ausnahme seiner skurrilen Auftritte – auch blieb.

Auch bei der CDU durften wieder zwei Hinterbänkler auf den Regierungsbänken Platz nehmen: Christine Clauß und Frank Kupfer hatten ihre erneute Berufung vor allem der Tatsache zu verdanken, dass die CDU auch aus der Region Leipzig in der Staatsregierung vertreten sein wollte. Gekrönt wurde das Kabinett durch die erneute Wahl Stanislaw Tillichs zum Ministerpräsidenten. „Keine Faxen für Sachsen“ hatte er zur Landtagswahl versprochen. Und

tatsächlich: Seit seiner Wahl ist er nicht mit Faxen aufgefallen. Allerdings auch sonst mit nichts.

Bei den weiteren Personalentscheidungen, den Staatssekretären, wird es nicht besser: Die FDP, die Personalabbau und Staatsmodernisierung auf ihre Fahnen geschrieben hatte, „modernisierte“ den Staat, indem sie mit einem zweiten Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Personal nicht ab-, sondern aufbaute. In der Staatskanzlei darf Johannes Beermann unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weiterhin in bewährter Weise Angst und Schrecken verbreiten. Im Sozialministerium wurde erneut Andrea Fischer zur Staatssekretärin berufen, um dort den sozialen Kahlschlag durchzusetzen.

Den „Vogel“ schoss man aber mit der Ernennung von Johann-Adolf Cohausz zum Regierungssprecher ab: Er versteht sein Handwerk offensichtlich doch nicht so gut, da er Nachhilfestunden im Wert von 4.500 Euro am Tag nehmen musste. Von anderen Ministeriumssprecherinnen und -sprechern und ihren zweifelhaften Kompetenzen schweigen wir lieber...



*Christine Clauß (CDU)*

*Sven Morlok (FDP)*

***„Wenn ich mir die Staatsregierung anschaue, hat der Fachkräftemangel schon erschreckende Ausmaße angenommen.“***

***Martin Dulig, MdL (SPD)***

# Die Abgeordneten der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag

---



**Martin Dulig**  
Fraktionsvorsitzender  
*[martin.dulig@slt.sachsen.de](mailto:martin.dulig@slt.sachsen.de)*



**Stefan Brangs**  
Parlamentarischer Geschäftsführer  
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender  
Sprecher für Arbeitsmarkt und  
Entwicklungspolitik  
*[stefan.brangs@slt.sachsen.de](mailto:stefan.brangs@slt.sachsen.de)*



**Petra Köpping**  
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende  
Sprecherin für Wirtschaft,  
Kommunalpolitik sowie für  
Wohnungsbau und Stadtentwicklung  
*[petra.koeping@slt.sachsen.de](mailto:petra.koeping@slt.sachsen.de)*



**Mario Pecher**  
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender  
Sprecher für Haushalt und Finanzen  
sowie für Verkehrspolitik  
*[mario.pecher@slt.sachsen.de](mailto:mario.pecher@slt.sachsen.de)*





**Dr. Eva-Maria Stange**

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende  
Sprecherin für Bildungs- und  
Kulturpolitik

*eva-maria.stange@slt.sachsen.de*



**Dr. Liane Deicke**

Sprecherin für Umweltpolitik,  
Land- und Forstwirtschaft sowie  
Gleichstellungspolitik

*liane.deicke@slt.sachsen.de*



**Sabine Friedel**

Sprecherin für Innen- und Rechtspolitik  
sowie Integration

*sabine.friedel@slt.sachsen.de*



**Henning Homann**

Sprecher für Kinder- und Jugendpolitik  
sowie für demokratische Kultur und  
bürgerschaftliches Engagement

*henning.homann@slt.sachsen.de*



**Thomas Jurk**

Sprecher für Energiepolitik,  
Europapolitik und Verbraucherschutz  
*thomas.jurk@slt.sachsen.de*



**Hanka Kliese**

Sprecherin für Sportpolitik,  
Behindertenpolitik und Tourismus  
sowie Tierschutzbeauftragte  
*hanka.kliese@slt.sachsen.de*



**Holger Mann**

Sprecher für Hochschule und  
Wissenschaft  
*holger.mann@slt.sachsen.de*



**Dagmar Neukirch**

Sprecherin für Soziales und Gesundheit  
sowie für Familie und Senioren  
*dagmar.neukirch@slt.sachsen.de*



**Karl Nolle**

Sprecher für Mittelstandspolitik  
*karl.nolle@slt.sachsen.de*



**Dirk Panter**

Sprecher für Medienpolitik, stellvertretender Sprecher für Haushalt und Finanzen  
*dirk.panter@slt.sachsen.de*

# Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag

---

## Büro des Fraktionsvorsitzenden

Büroleiter  
**Ulf Schnars**  
Telefon 0351 493 5722  
[ulf.schnars@slt.sachsen.de](mailto:ulf.schnars@slt.sachsen.de)

Persönlicher Referent  
**Richard Kaniewski**  
Telefon 0351 493 5701  
[richard.kaniewski@slt.sachsen.de](mailto:richard.kaniewski@slt.sachsen.de)

Sekretariat  
**Martina Schidlek**  
Telefon 0351 493 5708  
[martina.schidlek@slt.sachsen.de](mailto:martina.schidlek@slt.sachsen.de)

## Geschäftsstelle

Geschäftsführer  
**Kai Kerkhof**  
Telefon 0351 493 5707  
[kai.kerkhof@slt.sachsen.de](mailto:kai.kerkhof@slt.sachsen.de)

Assistentin der Geschäftsführung  
**Anke Straub**  
Telefon 0351 493 5700  
[anke.straub@slt.sachsen.de](mailto:anke.straub@slt.sachsen.de)

Sekretariat  
**Kerstin Dutschmann**  
Telefon 0351 493 5705  
[kerstin.dutschmann@slt.sachsen.de](mailto:kerstin.dutschmann@slt.sachsen.de)

Sekretariat  
**Roswitha Becker**  
Telefon 0351 493 5709  
[roswitha.becker@slt.sachsen.de](mailto:roswitha.becker@slt.sachsen.de)

## Parlamentarische Beratung

Europa und Verbraucherschutz, Untersuchungsausschüsse und Petitionen sowie Tierschutz

**Christian Bösl**

Telefon 0351 493 5704

*christian.boesl@slt.sachsen.de*

Kultur und Medien sowie Umwelt und Landwirtschaft

**Norina Gneist**

Telefon 0351 493 5732

*norina.gneist@slt.sachsen.de*

Bildung und Wissenschaft

**Doreen Haym**

Telefon 0351 493 5731

*doreen.haym@slt.sachsen.de*

Inneres und Recht

**Jeanette Marschall**

Telefon 0351 493 5712

*jeanette.marschall@slt.sachsen.de*

Wirtschaft, Arbeit, Sport, Verkehr und Tourismus

**Lars Mühlbach**

Telefon 0351 493 5721

*lars.muehlbach@slt.sachsen.de*

Städtebau/Wohnen, Energie und Verkehr

**Michael Schmiedel**

Telefon 0351 493 5733

*michael.schmiedel@slt.sachsen.de*

Soziales, Gesundheit, Senioren und Gleichstellung sowie Verbraucherschutz

**Jan-Ulrich Spies**

Telefon 0351 493 5737

*jan-ulrich.spies@slt.sachsen.de*

Familie, Kinder und Jugend sowie Haushalt und Finanzen

**Almut Thomas**

Telefon 0351 493 5711

*almut.thomas@slt.sachsen.de*

## Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Pressesprecher, Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:

**Arne Grimm**

Telefon 0351 493 5706

*arne.grimm@slt.sachsen.de*

Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

**Alexandra Kruse**

Telefon 0351 493 5719

*alexandra.kruse@slt.sachsen.de*

Mitarbeiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

**Marc Dietzschkau**

Telefon 0351 493 5718

*marc.dietzschkau@slt.sachsen.de*

## Impressum

### Herausgeber

SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1

01067 Dresden

### V.i.S.d.P.

Stefan Brangs, MdL, Parlamentarischer Geschäftsführer

### Redaktion

Arne Grimm (Pressesprecher), Anastasia Bass, Robert Kluge

### Gestaltung, Satz

Marc Dietzschkau



**„Zweieinhalb Jahre Schwarzgelb  
in Sachsen: Das sind zweieinhalb  
Jahre Sozialabbau, wirtschaftlicher  
Rückschritt und politische Armut.“**

**Martin Dulig, MdL (SPD)**

**SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag**  
**Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 • 01067 Dresden**  
**[www.spd-fraktion-sachsen.de](http://www.spd-fraktion-sachsen.de)**

